

P R O T O K O L L

über die 27. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 22. Dezember 1953 im Rathaus großer Sitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 15.30 Uhr

T a g e s o r d n u n g :

Berichterstatter Stadtrat Hans Schanovsky :

Ha - 4352/53 Voranschlag 1954

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesende:

Vorsitzender: Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher
Bürgermeister-Stellvertreter Gottfried Koller
Bürgermeister-Stellvertreter Dir. Franz Paulmayr
Bürgermeister-Stellvertreter Prof. Anton Neumann

Die Stadträte:

Enge Franz	Moser August
Fellinger Josef	Ribnitzky Vinzenz
Lautenbach Georg	Schanovsky Johann

Die Gemeinderäte:

Bodingbauer Johann	Krenn Josef
Eygruber Ferdinand	Maurer Alois
Ebmer Hans	Moser Johann
Fischer Karl	Pönisch Johann Dipl.Ing.
Franek Vinzenz	Pöschl Josef
Hochmayr Josef	Raab Johann
Hofmann Franz	Riha Karl
Huemer Maria	Sieberer Michael
Kalss Magarete	Schmiedberger Franz
Kokesch Karl	Wechselberger Johann
	Zöchling Franz

Vom Magistrat:

Magistratsdirektor Dr. Karl Enzelmüller
Rechnungsdirektor Franz Liska
Oberamtsrat Josef Baminger

Schriftführer:

Postler Roland
Stary Ludwig

Entschuldigt waren:

Die Stadträte Stahlschmidt Friedrich und Wabitsch Ludwig;
die Gemeinderäte Gast Friedrich, Knaller Rudolf und Schierl Josef.

Zu Protokollprüfern wurden die Gemeinderäte Riha Karl und Pöschl Josef bestellt.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung und erkläre dieselbe für eröffnet und beschlußfähig. Die Tagesordnung hat nur einen Punkt und zwar die Beratung des Budgets 1954. Es sind außerdem noch 2 Dringlichkeitsanträge eingelangt. Der erste betrifft den Notwohnbau und der zweite Zuwendungen an Magistratsangestellte. Ich bitte den einen Antrag vor der Tagesordnung zu erledigen und den zweiten Antrag in einer vertraulichen Sitzung am Ende der Tagesordnung zu behandeln. Die Dringlichkeitsanträge haben die nötigen Unterschriften. Wünscht jemand zur Dringlichkeit zu sprechen? Es wird keine Einwendung erhoben. Ich bitte Herrn Kollegen Paulmayr um sein Referat.

Berichterstatter Bürgermeister-Stellvertr. Franz Paulmayr:

Bau 5-5206/53 Laubenganghaus Neustraße

Der erste Dringlichkeitsantrag hat folgende Begründung: Die große Wohnungsnot in Steyr und das Vorhandensein einer Anzahl von Notstandsfällen erfordern eine sofortige Abhilfe. Da das Wohnungsanforderungsgesetz in seiner jetzigen Fassung nur eine unzureichende Handhabe zur Beschaffung von Wohnraum für Notstandsfälle einräumt, erscheint es dringend notwendig, mit dem Bau von Notwohnungen zur provisorischen Unterbringung von Obdachlosen oder unmittelbar von Obdachlosigkeit bedrohten Personen zu beginnen. Der diesbezügliche Antrag lautet:

" Der Gemeinderat wolle beschließen:

I. Der Dringlichkeitsantrag vom 22.12.1953 auf sofortige Behandlung des Gegenstandes Bau von Notwohnungen in der Neustraße wird anerkannt. Dieser Antrag ist sofort als Tagesordnungspunkt des Gemeinderates in Behandlung zu nehmen.

II. Für den Bau von Notwohnungen in der Neustraße nach Maßgabe des Amtsberichtes des Stadtbauamtes vom 30. 11. 1953 wird der Betrag von

S 1,000.000.--

bei V.P. 620-95-a.o.H./1954 freigegeben.

Die Vergabe der einschlägigen Arbeiten bleibt dem Stadtrate vorbehalten.

Gemäß § 51, Abs. 3 des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt."

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wünscht jemand das Wort? Bitte Herr Kollege Moser!

Stadtrat August Moser:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte anfragen wie diese Wohnungen gedacht sind. Wir haben seinerzeit 2 Wohnblocks gebaut, die auch unter dem Titel Notwohnungen errichtet wurden. Sind diese jetzt in diesem Sinn oder primitiverer Art?

Bürgermeister-Stellvertreter Franz Paulmayr:

Darf ich den Amtsbericht bekanntgeben. Dieser besagt folgendes:

Die Abteilung III hat einen Entwurf über das Laubenganghaus ausgearbeitet. Hierbei wurden die Nebenräume als Vorraum gedacht, die Einzelabortanlagen und die Kochnischen weggelassen. Die Wohnung besteht somit nur aus einem 19.2 m² großen Wohnküchenraum mit einer gemeinsam zu benützenden Abortanlage. Zur Vermeidung der Kälteeinwirkung der Außentemperatur wurde gegenüber dem ersten Entwurf der Gang geschlossen. Die offene Laube fällt bei dieser Lösung weg. Das Gebäude umfaßt somit: 4 Wohneinheiten von 26.55 m² Wohnfläche und 20 Einheiten mit 19.8 m² Fläche. Jede Wohnung hat ein Fenster und eine Eingangstüre. Die Eckwohnungen sind mit 2 Fenstern versehen. Eine Unterkellerung des zweigeschoßigen Gebäudes ist nicht vorgesehen und soll lediglich ein Waschküchen- und Holzlagenobjekt getrennt in der Nähe des Wohngebäudes errichtet werden. Bei einer Gesamtlänge von 54.2 m, einer Breite von 6.5 m, einer vorderen Hauslänge von 6.70 m und einer rückwärtigen von 4.80 m sowie einem Zubau von 8.80 m Länge und 2.80 m Tiefe ergibt sich ein umbauter Raum von 2.150 m³. Wenn der m³ umbauten Raumes mit S 300.-- angenommen wird und dies dürfte wohl der Höchstsatz sein, der für diese Art von Gebäuden anzunehmen ist, dann stellt sich der Bau auf S 645.000.--, die Wohnung somit auf rund S 27.000.--. Die Aufschließungsmaßnahmen müssen aber in dem bescheidensten Rahmen gehalten werden. Die Wasserentnahme wäre lediglich an 2 Stellen des Flures in der Nähe der Abortgruppe für alle Wohnparteien geplant. Die Fäkalien könnten in den Steyrwerkskanal in der Neustraße abgeführt werden.

Der Ausdruck Notwohnung sagt in diesem Fall es soll in erster Linie ein Dach über dem Kopf geschaffen werden. Ich kann mir vorstellen, es ist besser, ein Dach über dem Kopf zu haben als gar keines. Es gibt leider eine Reihe von Fällen bei denen der Gemeinde die Sache über den Kopf wächst, wo keine Möglichkeit besteht, eine Ersatzwohnung zu beschaffen, wenn durch irgendein persönliches Mißgeschick oder Pech jemand obdachlos wird. Wenn die Lösung auch nicht schön sein mag, bedeutet sie doch für viele eine Hilfe.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wünscht noch jemand das Wort? Bitte Herr Kollege Moser!

Stadtrat August Moser:

Sehr geehrte Herren!

Ich möchte folgendes sagen: Auch wir, die Fraktion des Linksblocks, haben uns mit dem Gedanken bezüglich der Notwendigkeit von Notwohnungen getragen. Bei Delogierungen hat sich in der abgelaufenen Zeit wiederholt gezeigt, daß die Leute auch stäblich auf der Straße gestanden haben und es der Gemeinde nicht möglich war, diese Armen unterzubringen. Dieser Gedanke hat den Linksblock beschäftigt. Wir sind aber davon abgekommen. Der Grund war folgender: Wir wissen, daß in der letzten Zeit viele Arbeiter in den Steyrwerken wegen ihrer politischen Einstellung gekündigt worden sind. Diese Arbeiter hatten vielfach auch Wohnungen in Häusern der Steyrwerke. Es besteht das Bestreben diese Armen auch dort hinauszuerwerfen. Einige sind vor der Delogierung gestanden. Es waren ordentliche Parteien, die ihren Zins bezahlt haben und ihre Wohnung gepflegt und in Ordnung gehalten haben. Nun hat man bisher das verhindern können, weil keine Ausweichmöglichkeit bestanden hat. Wenn dieser Bau zu Stande kommt, ist die Möglichkeit gegeben, diese Menschen in der Notbaracke der Gemeinde unterzubringen. Daher sind wir dagegen, weil wir befürchten, daß es anständige brave Menschen, die eine ordentliche Wohnung aufgeben müssen, treffen wird, in dieser Notbaracke zu hausen. Irgendeine Möglichkeit müßte geschaffen werden, daß man das Wohnen in der Notwohnung befristet. Wenn einer wo drinnen steckt, ist der Wohnungsausschuß froh, wenn er sich nicht mehr mit diesem Fall beschäftigen muß, denn er hat ja ein Dach über dem Kopf. Da wohnt dann einer zwei Jahre drinnen und ein anderer bekommt eher eine gute Wohnung als dieser. Wir können nicht unsere Zustimmung zu diesem Antrag geben.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Ihre Begründung Herr Kollege Moser ist sehr schwach. Es handelt sich nicht um Delogierte der Steyrwerke, sondern um Leute überhaupt, die kein Dach über dem Kopf haben. Es kommen Leute, welche fragen, haben Sie nicht wenigstens eine Baracke, sonst müssen wir unter der Brücke schlafen. Wir haben mit Absicht keine Baracken gekauft. Es sind gemauerte Wohnungen, wirklich tadellose Wohnungen. Sie haben große Zimmer. Wir können nicht ablehnen, was für viele gut ist, weil einige darunter sind, die damit nicht zufrieden wären. Diese Begründung reicht nicht aus, den Antrag abzulehnen. Sie können Delogierungen nicht verhindern. Die Delogierten sind meistens Untermieter. Die Hauptmieter sind 6 - 8 Personen in einem Raum und im zweiten Raum die Untermieter. Diese Untermieter werden delogiert. Sie sind rettungslos verloren. Weil jemand von den Steyrwerken dabei ist, kann man das nicht ablehnen. Die Steyrwerke werden da nicht durchkommen. Ihre Stellungnahme ist nicht gründlich überlegt. Vielleicht ändern Sie Ihren Standpunkt, damit der Beschluß einstimmig gefaßt wird.

Stadtrat August Moser:

Ich möchte sagen, daß wir uns diese Sache sehr genau überlegt haben. Schon beim Bau der Blockhäuser hat man gesagt, daß 2 Räume sehr klein sind, und jetzt macht man Wohnungen mit nur einem Raum. Werden wir das als Gemeinde ertragen können?

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wir haben aus den Jahren 1915 und 1916 noch Baracken stehen.

Zwischenruf Stadtrat August Moser: Ja eben!

Sonst erfolgt keine Wortmeldung. Ich lasse abstimmen.

(Abstimmungsvorgang).

Der Antrag ist bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Ich bitte Herrn Kollegen Schanovsky um sein Referat.

Berichterstatter Stadtrat Hans Schanovsky:

Ha 4352/53 Voranschlag für das Jahr 1954.

Sehr verehrte Damen und Herren!

An der Schwelle eines Jahres trifft uns die verantwortungsvolle Aufgabe, einen Finanzplan für das kommende Jahr zu bewilligen. Diese Aufgabe wollen wir mutig mit Objektivität und Sachlichkeit nachkommen. Es ist über den Haushalt 1954 zu beraten. Auch dieser Voranschlag wurde diesmal wieder in dem Bestreben erstellt, allergrößte Sparsamkeit anzuwenden und die Mittel nur für die notwendigsten Bedürfnisse, deren es leider in Steyr allzuvielen gibt, zu verwenden. Nicht Einzelinteressen werden Berücksichtigung finden, sondern nur Aufgaben erfüllt werden, die der Öffentlichkeit dienen.

Beeinflusst wird der Voranschlag von 2 Komponenten, einer positiven und einer negativen. Ich möchte die negativen Einflüsse an die Spitze stellen. Die Auswirkung des Bundesfinanzgesetzes 1954 bzw. die Erhöhung des Bundespräzipuums von 575 Mill. auf 700 Mill. Schilling, also um 125 Mill. Schilling, bedeutet für die Gemeinde eine sehr schwere Belastung. Auch die Auswirkungen der Reform der Einkommen- und Gewerbesteuer läßt eine weitere Verminderung der Einnahmen vermuten. Jede Schmälerung der Gemeindefinanzen hat schwerwiegende Folgen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung. Der Städtebund fordert mit Recht einen Abschluß eines Finanzausgleiches von mehrjähriger Dauer, der nicht nur dem Bestand des Bundespräzipuums, sondern auch den finanziellen Notwendigkeiten Rechnung trägt und eine freizügige Entwicklung sichert.

Die positive Seite wird durch die Steyrwerke dargestellt, die uns als der ausschlaggebende Steuerzahler die eigentliche Finanzkraft geben und uns zu den umfangreichen anerkannten Leistungen befähigen. Der Voranschlag ist vom Gesichtspunkt erstellt, einen erheblichen Beitrag zur Vollbeschäftigung zu leisten. Mit den entspre-

chenden Mitteln wird auch für den Wohnungsbau Sorge getragen und damit zur Arbeitsbeschaffung größtmöglichst beigetragen.

A. Allgemeiner Teil

So wie in den Vorjahren wurde der Voranschlag für das Jahr 1954 in formaler Hinsicht entsprechend den vom Bundesministerium für Finanzen erlassenen Richtlinien erstellt. Der Voranschlag gliedert sich demnach in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Haushalt, in einen Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, einen Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr, einen Sonderhaushaltsplan für die Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit und für die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H.. Weiters enthält der Voranschlag in der Anlage die im Punkt VII der vorgenannten Richtlinien vorgeschriebenen Nachweise.

Ergebnis des Voranschlages 1954:

	Einnahmen	Ausgaben	Ergebnis
ordentlicher Haushalt:	38,038.600.-	38,038.600.-	- . -
außerordentl. Haushalt:	18,280.000.-	27,848.000.-	-9,568.000.-
Gesamthaushalt	56,318.600.-	65,886.600.-	-9,568.000.-
hiezue der Wirtschaftsplan			
der Städt. Unternehmungen	2,858.300.-	2,858.300.-	- . -
u. d. Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H.	7,018.500.-	7,018.500.-	- . -
Gesamtsumme-Brutto	66,195.400.-	75,763.400.-	-9,568.000.-

Der Bruttoaufwand des gesamten Haushaltes ist demnach mit einem Betrage von S 75.7 Millionen veranschlagt, der bis zu 87.4 % durch Einnahmen gedeckt angenommen ist. Von dieser hohen Ausgaben-summe entfallen allein rund 41 Millionen Schilling, d.s. 54 % für Bauaufwände und sonstige Investitionen, der Rest entfällt auf unbedingte und bedingte Pflichtausgaben, von denen ein großer Teil ebenfalls ein produktiver Aufwand ist. Diese günstige Gebarung des Gemeindehaushaltes mit ihrer hohen produktiven Aufwandziffer wird unleugbar wirtschaftsbelebend wirken, vor allem für das Wirtschaftsleben der Stadt selbst und nicht unerheblich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Stadt beitragen.

Die augenblickliche Finanzlage der Stadtgemeinde ist zufriedenstellend und zweifelsohne nicht als ungünstig zu bezeichnen, dies bezeugt der voraussichtliche Rücklagenstand am 31. 12. 1953 mit S 20,544.000.- dem nur ein Schuldenstand von S 384.700.- gegenübersteht. Die Finanzen der Stadt aber bieten bei weitem nicht die Möglichkeit, die großen kommunalen Aufgaben, die gebieterisch an die Stadtverwaltung herantreten, in absehbarer Zeit aus eigenen Mitteln lösen zu können. Das Verkehrsproblem in der Altstadt einschließlich des Brückenbauproblemes, das von Jahr zu Jahr dringender wird, das Wohnungsproblem, das Kanalisationsproblem, die

Errichtung von Versorgungseinrichtungen und sonstigen Einrichtungen, wie Schlachthof, Markthalle, Bad, Sport- und Kunsthallen usw. all diese Probleme erfordern Millionenbeträge und es bedarf einer planvollen, wohlüberlegten und großzügigen Finanzpolitik um diese Aufgaben selbst nur schrittweise einer Lösung zuzuführen. Hierbei ist eine tatkräftige Unterstützung seitens des Bundes und Landes eine Voraussetzung. Nach wie vor sind ja die Einnahmen des Gemeindehaushaltes von der gesamten Wirtschaftslage abhängig und in Steyr insbesondere von der des einzigen Großunternehmens, den Steyr-Werken. Jede Konjunkturschwankung dieses Unternehmens widerspiegelt sich im Gemeindehaushalt. Eine vorsichtige Präliminierung der Einnahmen war daher notwendig und zieht als weitere Folge nach sich, die reinen Verwaltungskosten stets auf ein tragbares Mindestmaß zu beschränken.

Der ordentliche Haushalt weist Gesamteinnahmen von S 38,038.600.- auf, denen Ausgaben in der gleichen Höhe gegenüberstehen. Die Reineinnahmen, also nach Abzug der Erstattungen zwischen den einzelnen Verwaltungszweigen (innere Verrechnung) und die Reinausgaben betragen je S 30,998.400.-. Der ordentliche Haushalt ist somit ausgeglichen.

Gegenüber dem Voranschlag 1953 ist bei den Brutto-Einnahmen und Brutto-Ausgaben eine 11.5 %ige Steigerung zu verzeichnen, bei den Reineinnahmen und Reinausgaben eine solche von 6 %. Es hat somit die innere Rechnung (Erstattungen) insbesondere durch die erhöhte Inanspruchnahme von Leistungen durch den Städt. Wirtschaftshof gegenüber dem Voranschlag 1953 eine Erhöhung erfahren.

Der Voranschlag des ordentlichen Haushaltes wurde von der Einnahmenseite her erstellt und wurden die Ausgaben, entsprechend dem von den einzelnen Dienststellen angemeldeten Bedarf, mit den Einnahmen in Übereinstimmung gebracht. Bei der Präliminierung der Einnahmen, vor allem bei den Abgabenertragsanteilen und der Gewerbesteuer, wurde, wie schon erwähnt, eine gewisse Vorsicht geübt weil die Auswirkung des neuen Finanzausgleichsgesetzes und des Gewerbesteueränderungsgesetzes ziffernmässig nicht genau feststellbar ist.

Nach wie vor bilden die Abgaben und Gebühren die Haupteinnahmequelle. Die eigenen Steuern, einschließlich der Abgabenertragsanteile sind mit S 23,680.000.- präliminiert, das sind um S 567.100.- mehr als im Jahr 1953. Sie betragen 62.2 % der Gesamteinnahmen.

	Voranschlag 1954
Eigene Steuern	19,980.000.-
Abgabenertragsanteile	3,700.000.-
Konzessionsabgabe	950.000.-
Gebühren	<u>1,556.400.-</u>
	26,186.400.-

Die Abgaben und Gebühren zusammen sind somit 68.8 % der Gesamteinnahmen (1953: 74.2 %). Berücksichtigt man die Erstattungen (innere Verrechnung) mit 18.5 % der Gesamteinnahmen, so verbleibe

für sonstige Einnahmen lediglich 12.7 % übrig. Die Finanzierung des ordentlichen Haushaltes der Gemeinde ist somit ausschließlich von dem Ertrag der Abgaben und Gebühren abhängig.

Der gesamte Personalaufwand einschl. des Wirtschaftshofes, jedoch ohne Personalaufwand der Städt. Unternehmungen, ist mit S 9,527.900.-, d. s. 25.05 % veranschlagt, gegenüber S 8,810.100.- bzw. 25.8 % des Jahres 1953.

Der Personalaufwand für die Verwaltung selbst, somit ohne des produktiven Lohn- und Gehaltsaufwandes des Städt. Wirtschaftshofes und des Wasserwerkes, jedoch einschließlich des Personalaufwandes für die Schulen und Versorgungsanstalten und einschließlich der Ruhegehälter beträgt S 7,626.700.- bzw. 20 % der Gesamtausgaben gegen 19.8 % im Jahre 1953. Die Ruhegehälter betragen 11.9 % des gesamten Personalaufwandes.

Die in den Sammelnachweisen zusammengefassten Aufwände für allgemeine Amtserfordernisse (Kanzleibedarf, Kanzleieinrichtung, Portogebühren usw.) sind mit S 481.700.-, d.s. 1.3 % der Gesamtausgaben veranschlagt und jene für die Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenützungskosten (Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, Erhaltungs- und Betriebskosten) mit S 2,241,100.-, d.s. 5.9 % der Gesamtausgaben. Im Jahre 1953 betrug die präliminierte Ausgabe für die allgemeinen Amtserfordernisse S 488.700.- bzw. 1.4 % der Gesamtausgaben, die Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenützungskosten S 2,398.400.- bzw. 7 % der Gesamtausgaben. Diese Ausgaben konnten somit etwas gesenkt werden.

B. Besonderer Teil.

1. Ordentlicher Haushalt

Der ordentliche Haushalt ist, wie schon erwähnt, ausgeglichen. Die Einnahmen verteilen sich wie folgt auf

1. Abgaben einschl. Abgabenertragsanteile und Konzessionsabgabe	S 24,630.000.-
2. Gebühren	" 1,556.400.-
3. Gebührenartige Entgelte (Schulgelder, Verpflegskosten, Eintrittsgebühren usw.) und Beiträge	" 936.700.-
4. Zuschüsse und Beiträge von Gebietskörperschaften	" 621.600.-
5. Tilgungsraten	" 199.200.-
6. Kapitalerträge (Zinsen usw.)	" 464.800.-
7. Mieten und Pachten	" 793.400.-
8. Übernahme des Soll-Überschusses aus 1952	" 401.600.-
9. Ersätze und sonstige Einnahmen	" 1,394.700.-
Summe der Reineinnahmen	S 30,998.400.-
10. Erstattungen	" 7,040.200.-
Summe der Gesamteinnahmen	S 38,038.600.-

Die Ausgaben verteilen sich auf

1. Pflichtausgaben, d. s. Zahlungen auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder gültiger Verträge und bedingte Pflichtausgaben, d. s. Leistungen die dazu bestimmt sind, die Verwaltung und die bestehenden Einrichtungen in geordnetem Gang zu erhalten mit	S	24,902.400.-	d.s.	80 %
2. einmalige Ausgaben mit	"	6,096.000.-	" "	20 %
		<hr/>		
Summe der Reinausgaben	S	30,998.400.-		
3. Erstattungen mit	"	7,040.200.-		
		<hr/>		
Summe der Gesamtausgaben	S	38,038.600.-		

Gruppe 0 "Allgemeine Verwaltung".

In dieser Gruppe sind fast ausschließlich pflichtgemäße Verwaltungsausgaben enthalten. Den Gesamteinnahmen von S 494.100.- stehen Ausgaben von S 3,662.800.- gegenüber. Der Zuschußbedarf beträgt nach S 3,168.700.- und hat sich gegenüber dem Voranschlag 1953 mit S 3,123.700.- nicht wesentlich verändert. Die einmaligen Ausgaben betragen in dieser Gruppe S 93.700.-.

Gruppe 1 "Polizei".

Auch die Gruppe 1, die ausschließlich Pflichtausgaben beinhaltet, ist fast in der gleichen Höhe veranschlagt wie im Jahre 1953. Die Einnahmen betragen S 127.000.- (1953: S 105.700.-), die Ausgaben S 1,312.500.-. Der Zuschußbedarf beträgt demnach S 1,185.500.- und ist um S 2.900.- geringer als im Voranschlag 1953. Der Polizeikostenbeitrag von S 736.400.- hat keine Änderung erfahren.

Gruppe 2 "Schulwesen".

Das Schulwesen sieht im ordentlichen Haushalt an Einnahmen S 204.200.- vor, an Ausgaben S 3,440.100.-, somit einen Zuschußbedarf von S 3,235.900.- gegenüber S 2,608.400.- im Jahr 1953.

Der Zuschuß verteilt sich wie folgt:

	1954
1. Schulamt und Stadtschulrat	84.000.-
2. Volks- und Hauptschulen	1,852.000.-
3. Gewerbliche und kaufmänn. Berufsschulen	72.600.-
4. Städt. Handelsschule	220.600.-
5. Gewerbl. und hauswirtschaftl. Frauenberufsschule	418.200.-
6. Realgymnasium	372.400.-
7. Stadtbildstelle	4.100.-
8. Studien- und Lernbeihilfen	12.000.-
9. Kurs für schulentlassene Jugendliche	200.000.-

Von den Ausgaben entfallen nur S 585.600.- an einmalige Ausgaben, sodaß der laufende Aufwand für das Schulwesen die ansehnliche Summe von S 2,850.000.- erreicht.

Der außerordentliche Haushalt sieht für das Schulwesen einen Bauaufwand von S 9,682.000.- vor, sodaß der Gesamtaufwand mit S 13,122.100.-, d.s. rund 20 % des Gesamtbudgets, veranschlagt ist. Daraus ist zu ersehen, daß die Stadtverwaltung großes Augenmerk der Jugenderziehung zuwendet und vor allem die seit einigen Jahren erfolgreich geführten Maßnahmen zur Beseitigung der Schulraumnot auch im Jahr 1954 tatkräftig fortsetzt. Besonders sei darauf noch hingewiesen, daß für den Ausbau der bereits eingeführten Kurse für schulentlassene Jugendliche der im Jahre 1953 hierfür vorgesehene Betrag von S 12.000.- auf S 200.000.- erhöht wurde.

Gruppe 3 "Kultur- und Gemeinschaftspflege".

Hier stehen den Einnahmen von S 112.800.- Ausgaben von S 548.900.- gegenüber. Der Zuschußbedarf beträgt demnach S 436.100.- gegenüber S 312.700.- im Jahre 1953.

Bemerkenswert ist, daß der Volkshochschule, die sich eines guten Zuspruches erfreut, ein breiter Raum gegeben wird. Der Zuschußbedarf für diese Institution wurde mit S 62.200.- veranschlagt und ist um S 45.000.- höher als im Jahre 1953. Weiters ist für die Errichtung eines Eisenmuseums ein Betrag von S 100.000.- vorgesehen.

Gruppe 4 "Fürsorgewesen und Jugendhilfe".

Der Aufwand für das Fürsorgewesen und für die Jugendhilfe ist ein sehr beachtlicher.

In dieser Gruppe sind die Ausgaben mit	S 6,451.800.-
veranschlagt, die Einnahmen mit	" 2,635.100.-

Der Nettoaufwand (Zuschußbedarf) beträgt	S 3,816.700.-
(1953 S 3,634.200.-)	

Hiezu kommt noch ein im a.o. Haushalt vorgesehener Bauaufwand von S 5,366.000.-. Auf die Bevölkerung umgerechnet entfällt pro Kopf S 101.- an laufendem Fürsorgeaufwand gegenüber S 96.- im Jahr 1953.

Die offene Fürsorge erfordert einen Zuschußbedarf von	S 896.300.-,
die geschlossene Fürsorge einen solchen von	" 745.000.-,
die verschiedenen Hilfsaktionen einen solchen von	" 220.000.-

und zwar

die Holz- u. Kohlenaktion	S 140.000.- (1953: S 70.000.-)
---------------------------	--------------------------------

die zusätzliche Wochenfürsorge	" 70.000.- (" " 80.000.-)
--------------------------------	----------------------------

u. andere Hilfsaktionen	" 10.000.- (" " 5.000.-)
-------------------------	---------------------------

Die Leistungen an fremde Heime und Anstalten in der Jugendhilfe betragen	S 242.000.-;
--	--------------

hiezu ist weiters ein Kostenaufwand von	" 200.000.-
für die Lehrlingsfürsorge vorgesehen.	

Bei den städt. Kindergärten, die von rund 500 Kindern besucht werden, sind Einnahmen von S 97.500.- vorgesehen, denen Ausgaben von S 1,088.500.- gegenüberstehen. Der Zuschußbedarf ist somit mit S 991.000.- (1953: S 842.000.-) veranschlagt.

Aus diesen hohen Aufwandsziffern ist zu ersehen, daß, so wie in den Vorjahren, auch im Jahre 1954 die Stadtverwaltung für die Wohlfahrt der Bedürftigen und für die Jugendhilfe die notwendige Obsorge walten läßt.

Gruppe 5 "Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung"

Der Zuschußbedarf für das Gesundheitswesen beträgt S 241.100.- (1953: 282.400.-) und für den Sport S 179.600.- (1953: S 170.500.-). Für die Errichtung von Sportanlagen ist weiters im außerordentlichen Haushalt als Baurate ein Betrag von S 1,380.000.- vorgesehen, ein Beweis, daß auch auf diesem Gebiete die Gemeinde das Bestmögliche zu tun bemüht ist.

Gruppe 6 "Bau , Wohnungs- und Siedlungswesen"

Die Gesamtausgaben betragen	S	6,424.200.-
die Gesamteinnahmen	"	1,269.300.-
		<hr/>
der Zuschußbedarf	S	5,154.900.-

Eine der größten Aufwandpost in dieser Gruppe ist der Aufwand für die Strassenerhaltung. Hiefür sind Kosten in der Höhe von S 1,451.000.- vorgesehen und zwar S 500.000.- für die laufenden Erhaltungsarbeiten und S 850.000.- für Arbeiten an Strassen, die eine Verbesserung im Großen darstellen. An einmaligen Ausgaben sind für den Um- und Ausbau von Strassen in der Hauptsache für Neupflasterungen S 2,206.000.- veranschlagt. Der im Jahre 1954 durchzuführende Neubau kleinerer Brücken und zwar der Schladerbrücke über den Wehrgraben und der Kupferhammerbrücke ist mit S 170.000.- präliminiert. Weiters sind als Beitrag für die Teufelsbachregulierung S 10.000.- und für die Vorarbeiten für den Wehrbau in Zwischenbrücken S 50.000.- veranschlagt. So wird planmässig jährlich für die Verbesserung des Strassenzustandes Vorsorge getroffen.

Gruppe 7 "Öffentl. Einrichtungen und Wirtschaftsförderung."

In dieser Gruppe betragen die Gesamtausgaben	S	10,382.400.-
und die Gesamteinnahmen	"	6.701.400.-
		<hr/>
somit der Zuschußbedarf	S	3,681.000.-

gegenüber S 3,809.000.- im Jahre 1953. Die Minderung des Zuschußbedarfes ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die laufende Gebarung der Wasserversorgung im Voranschlag 1954 ausgeglichen ist, während der Voranschlag 1953 einen Abgang von S 194.600.- aufwies.

Von den Bruttoausgaben entfallen auf Erneuerungsrücklagen	S	573.000.-
auf einmalige Ausgaben	"	2,139.500.-
auf laufende Betriebsausgaben	"	2,734.700.-
auf Erstattungen (innere Verrechnung)	"	4,935.200.-

Der Zuschußbedarf dieser Gruppe verteilt sich unter anderem auf:

	1954	1953
Straßenbeleuchtung	970.200.-	919.500.-
Straßenreinigung	549.000.-	470.000.-
Stadtentwässerung	828.000.-	827.000.-
Feuerwehrwesen	461.900.-	355.400.-
Park- und Gartenanlagen	178.300.-	193.200.-
Städt. Wirtschaftshof	455.000.-	347.500.-
Wasserversorgung	100.000.-	322.600.-

Bei der Straßenbeleuchtung sind für Neuanlagen und Verbesserungen S 500.000.- und für Kabelankauf S 150.000.- veranschlagt. Kanalbauten sind im Betrage von S 610.000.- vorgesehen, für das Feuerwehrwesen scheinen einmalige Ausgaben von S 186.500.- und für den Städt. Wirtschaftshof solche von S 455.000.- auf. Hierunter fallen für den Ankauf einer Dreiraddieselwalze S 275.000.- und für den Umbau des Gräf und Stift-Sprengwagens auf einen Steyr-Diesel-Sprengwagen S 130.000.-. Für die städt. Wasserversorgung ist ein Ankauf von Wassermessern im Betrage von S 100.000.- vorgesehen. Bemerkenswert ist, daß verschiedene wichtige Einrichtungen in ihren laufenden Gebarung im Voranschlag 1954 ausgeglichen sind, während in den Vorjahren noch ein Abgang zu verzeichnen war: so bei der Müllabfuhr, Wasserversorgung und Städt. Wirtschaftshof.

Gruppe 8 "Wirtschaftliche Unternehmungen".

In dieser Gruppe sind nur die von den Städt. Unternehmungen zu entrichtenden Annuitäten in der Höhe von S 184.800.- als Einnahmen und die Rückführung der zu zahlenden Tilgungsraten an die Rücklage in Höhe von S 165.000.- als Ausgabe veranschlagt. Nach dem Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, der ebenfalls ausgeglichen ist, ist daher weder eine Gewinnablieferung seitens der Unternehmungen noch die Zahlung eines Zuschusses an die Unternehmungen vorgesehen.

Gruppe 9 "Finanz- und Vermögensverwaltung".

	1954	1953
Veranschlagte Einnahmen	S 26,308.600.-	S 25,379.000.-
veranschlagte Ausgaben	" 5,228.900.-	" 4,462.500.-
veranschlagter Überschuß	S 21,079.700.-	S 20,916.500.-

Nachstehend die Gebarungserfolge in den einzelnen Unterabschnitten dieser Gebarungsgruppe :

		1954	1953
1. Stadtrechnungsamt,	Zuschußbedarf S	584.100.-	S 388.800.-
2. Allgem.Kapitalvermögen,	" "	452.300.-	" 210.000.-
3. Schuldendienst	" "	3.700.-	" 3.400.-
4. Liegenschaftsverwaltg.	" "	288.400.-	" 240.700.-
5. Hausbesitz	" "	43.100.-	" 73.800.-
6. Grundbesitz	Überschuß	" 950.400.-	" 894.400.-
7. Stadtsteueramt	Zuschußbedarf	" 159.100.-	" 163.200.-
8. Eigene Steuern	Überschuß	19,684.000.-	19,122.000.-

		1954	1953
9. Abgabenertragsanteile	Überschuß	S 3,700.000.-	S 3,700.000.-
10. Umlagen	Zuschußbedarf	" 1,600.000.-	" 1,600.000.-
11. Verstärkungsmittel	"	" 124.000.-	" 120.000.-

Die Haupteinnahmen in dieser Gruppe sind die Steuern und Abgaben. Sie betragen, wie eingangs angeführt, 62.2 % der Gesamteinnahmen.

Die Steuern und Abgaben sind wie folgt veranschlagt:

		1954	1953
Grundsteuer A und B	S	2,030.000.-	S 1,940.000.-
Gewerbsteuer	"	12,470.000.-	" 12,000.000.-
Lohnsummensteuer	"	3,800.000.-	" 3,800.000.-
Getränkesteuer	"	870.000.-	" 870.000.-
Lustbarkeitsabgabe	"	670.000.-	" 670.000.-
Hundesteuer	"	40.000.-	" 38.000.-
Ankündigungsabgabe	"	20.000.-	" 14.000.-
Verwaltungsabgabe	"	80.000.-	" 80.000.-
<hr/>			
Summe der eigenen Steuern	S	19,980.000.-	S 19,412.000.-
Abgabenertragsanteile	"	3,700.000.-	" 3,700.000.-

Die 20 %ige Landesumlage ist in der gleichen Höhe wie im Jahre 1953 mit S 1,600.000.- präliminiert.

2. Außerordentlicher Haushalt.

Der außerordentliche Haushalt zeigt folgendes Ergebnis:

Gesamteinnahmen	S	18,280.000.-
Gesamtausgaben	"	27,848.000.-
<hr/>		
daher Abgang	S	9,568.000.-

Der ausgewiesene Abgang ist in dieser Höhe nur unter der Voraussetzung gegeben, daß eine Beitragsleistung des Landes aus dem Schulbaufonds für den Neubau der Ennsleitenschule in Höhe von S 3,000.000.-, eine Bedarfszuweisung in Höhe von S 2,000.000.- und ein Beitrag des Bundes und Landes zu den Wasserleitungsbauten bewilligt und flüssig gemacht wird. Es ist selbstverständlich, daß die geplanten Vorhaben nur in dem Ausmasse durchgeführt werden können, als eine Bedeckung gegeben ist oder im Laufe des Haushaltsjahres gefunden werden kann. Der außerordentliche Haushalt sieht vor:

1. Einen Ausbau des Seitentraktes des Rathauses in veranschlagter Höhe von S 300.000.-
Der Ausbau ist notwendig, um der Raumnot begegnen zu können.
2. Für den Umbau der Zentralheizung im Rathaus auf Vollautomatik S 70.000.-
3. An Leistungen für Rückstellungen und für Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen für aus der Kriegszeit stammende Forderung S 350.000.-
4. Für das Schulwesen einen außerordentlichen Aufwand von S 9,682.000.-

und zwar für Zentralheizungsanlagen in der Schule Punzerstrasse, in der Kematmüllerschule, in der Schule am Tabor, in der Schule in Gleink und in der Handelsschule einen Betrag von S 1,477,000.-, für die Fortführung und Beendigung des Schulneubaues auf der Ennsleiten S 8,000.000.- und für Planungen und Vorarbeiten eines Neubaues einer Schule in Steyrdorf und des Teilausbaues des freiwerdenden Versorgungsheimes I in der Sierningerstraße für Schulzwecke S 200.000.-

5. Für die Fortsetzung und Vollendung des Zubaues beim Versorgungsheim II am Tabor und für den Umbau im Altgebäude S 5,000.000.-
6. Für den Ausbau von Kindergärten " 336.000.-
7. Für den Teilausbau von Sportanlagen am Rennbahngelände und in Münichholz " 1,380.000.-
8. Für Aufwendungen für Wohnungsbauten und Darlehen an Wohnungsgesellschaften nebst dem Einbau einer Wohnung in der Schule in Gleink hierzu kommt noch der im Sonderhaushaltsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H. vorgesehene Aufwand für Neubauten in Höhe von S 6,643.500.- abzüglich des im a.o.H. in vorangeführter Aufwandsliste enthaltenen Darlehensbetrages von S 1.900.000.-. Der Gesamtaufwand für Wohnungsbau beträgt demnach S 10,803.500.-

das sind 16.4 % des Gesamthaushaltes.
Diese hohe Aufwandsliste legt Zeugnis davon ab, daß die Stadtgemeinde alle Anstrengungen macht, die Wohnungsnot zu lindern.

9. Für den Teilstreckenausbau Duckartstraße - Färbergasse S 300.000.-
10. Für Planung und Vorarbeiten für den Bau einer neuen Ennsbrücke " 100.000.-
Für den Neubau einer Brücke wurde auch eine zweckgebundene Rücklage von S 5,000.000.- gebildet.
11. Für Wasserbauten (Beitrag zur Wehranlage in Zwischenbrücken) " 430.000.-
12. Für die Herstellung des Entwässerungskanales auf der Ennsleite von der Eisenstraße zum Neubaugelände " 370.000.-
13. Für das Abtragen und Neuaufbau des Leopoldibrunnens " 130.000.-
14. Für den Ankauf eines Lkw Steyr Diesel für den Städt. Fuhrpark " 128.000.-
15. Für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes einschl. Grunderwerb für Hochbehälter S 2,572.000.-
16. Für die Errichtung von Autobuswartehallen in Münichholz " 110.000.-
17. Für ein Investitionsdarlehen an die Gasversorgungsgesellschaft Steyr " 500.000.-

3. Wirtschaftsplan des Städt. Wirtschaftshofes.

Der Wirtschaftsplan des Städt. Wirtschaftshofes sieht einen Aufwand von S 5,135.200.- vor. Hievon beträgt der Personalaufwand S 3,156.200.-, der Sachaufwand S 1,654.000.- und die Erneuerungsrücklage S 325.000.-. Dieser Aufwand ist durch Einnahmen aus den Bauleistungen und sonstigen Leistungen des Städt. Wirtschaftshofes voll gedeckt, sodaß dieser Untervoranschlag ausgeglichen ist.

Die Leistungen des Städt. Wirtschaftshofes werden den einzelnen Dienststellen als Sachaufwand angerechnet und die Arbeiten bzw. Aufwände auf ihre Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit laufend kontrolliert.

4. Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen.

Der Wirtschaftsplan dieser Unternehmungen sieht im Jahre 1954 vor:

1. beim Verkehrsbetrieb einen Ertrag u. einen Aufw. v. je	S 2,376.500.-
2. bei Reklame	" " " " " " " 71.600.-
3. bei Bestattung	" " " " " " " 269.400.-
4. beim Krematorium	" " " " " " " 140.800.-

Die Gesamtsumme an Aufwand und Ertrag beträgt je S 2,858.300.-

5. Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr.

Erstmalig ist im Voranschlag auch der Wirtschaftsplan der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr enthalten. Der Rechnungshof stellte fest, daß die Krankenfürsorgeanstalt keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt und es sich um ein der Stadtgemeinde gehöriges Sondervermögen handelt. Es muß daher sowohl der Voranschlag wie auch der Rechnungsabschluß dem Gemeinderate zur Genehmigung vorgelegt werden. Entsprechend dieser Anregung und Feststellung des Rechnungshofes wird der Voranschlag dieser Anstalt ebenfalls in Vorlage gebracht.

Der Voranschlag 1954 sieht in den Einnahmen Beiträge (Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträge) in Höhe von S 116.000.- vor, weiters an von der Stadtgemeinde zu leistende Ersätze für mittelbare Leistungen " 23.000.-

die veranschlagten Einnahmen betragen daher S 139.000.-

Diesen Einnahmen stehen Leistungen bzw. Ausgaben in der gleichen Höhe gegenüber und zwar:

für Leistungen der Krankenpflege einschl. Verwaltungsspesen (Arztekosten, Medikamente, Zahnbehandlung, Spitalskosten usw.) S 115.000.-

und für mittelbare Leistungen, das sind Kosten und Beiträge für Tbc.-Behandlungen und Kur- und Landaufenthalte, die vom Dienstgeber getragen werden S 23.000.-

Summe der Ausgaben S 139.000.-

Der Voranschlag ist somit ausgeglichen.

6. Sonderhaushaltsplan.

a) für die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H.

Der Wirtschaftsplan dieser Wohnungsgesellschaft sieht einen Ertrag und einen Aufwand von je S 7,018.500.- vor. Auch dieser Wirtschaftsplan ist somit ausgeglichen.

Der Aufwand ist gegliedert

1. in einen Bauaufwand in Höhe von	S	6,643.500.-
ausser einem Aufwand für die Fertigstellung der Wohnbauten am Tabor mit S 10.000.- ist auch der Neubau von 3 Wohnblocks auf der Ennsleiten vorgesehen und zwar		
Bau I 3 Häuser mit insgesamt 42 Wohnungen mit einem Baukostenaufwand von S 2,483.100.-		
und Bau II und III 6 Häuser mit insgesamt 42 Wohnungen mit einem Baukostenaufwand von S 4,150.400.-		
2. Hausbewirtschaftung (Betriebskosten, Instandhaltung, Wertberichtigungen und Rückstellungen)		115.500.-
3. Finanzaufwand		
Schuldendienst	S	259.500.-
		<hr/>
Summe des Aufwandes	S	7,018.500.-

Der Ertrag gliedert sich in

1. Hausbewirtschaftung (Mietzinse)	S	170.000.-
2. Finanzertrag - Darlehensaufnahme	"	6,108.000.-
3. Eigenkapital (Erhöhung des Stammkapitals)	"	740.500.-
		<hr/>
Summe des Ertrages	S	7,018.500.-

b) Stiftungen

Die Stadtgemeinde hat die Verwaltung von 2 Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit und zwar

1. die Schiffmeister Reder'sche Jubiläumstiftung mit einem Stiftungskapital von S 6.576.87 und
2. die Dr. Wilhelm Groß - Stiftung mit einem Kapital von S 41.403.83

Der jeweilige Zinsenertrag dieser Stiftungen wird widmungsgemäß verwendet und zwar der Zinsenertrag der ersteren für bedürftige ehemalige angehörige des Handels- und Gewerbestandes und der Zinsenertrag der letzteren für einen Steyrer Hochschüler, der sich dem Studium der Mathematik widmet.

7. Dienstpostenplan 1954.

Der Dienstpostenplan ist entsprechend den Richtlinien für die Erstellung der Voranschläge Abschn. VIII Pkt. 7 erstellt und zwar gesondert für die pragmatischen und vertraglichen Bediensteten einschließlich der ständigen Arbeiter und ist die Anzahl der Bediensteten, zergliedert nach Verwendungsgruppen und Dienstposten-gruppen bzw. Entlohnungsgruppen angeführt. Die Dienstposten sind unterteilt in Dauerposten, die voraussichtlich dauernd erforderlich sein werden (Soll-Stand) und solche, die dem dermaligen tatsächlichen Personalstand Rechnung tragen (Ist-Stand)

1. Beamte Schema II	Soll:	91	Ist:	70
2. Beamte Schema I	"	29	"	21
3. Vertragsbedienstete Schema IV	"	104	"	102
4. Sonderverträge	"	11	"	11
5. Planposten nach L 2	"	7	"	7
6. Vertragsbedienstete Schema III	"	196	"	196
<hr/>				
Stand an Bediensteten	Soll:	438	Ist	407

Außerdem Beschäftigte nach Kollektivvertrag im Städt. Wirtschaftshof: 57 Saisonarbeiter.

Die Höhe der Steuersätze, Gebühren und Abgaben sollen im gleichen Ausmaß wie 1953 eingehoben werden. Man könnte vielleicht einzelne Posten des Budgets sicherlich kritisieren, aber besser ist es mit gutem Willen positiv mitzuarbeiten. Wer sich einseitig und subjektiv zu diesem Voranschlag stellt, übersieht die große Linie in diesem vielseitigen Voranschlag, welche wir erfüllen müssen. Möge uns die bisherige Anerkennung unserer Leistungen durch die Steyrer Bevölkerung anspornen. Erhalten wir diese auch im kommenden Jahr, dann erst haben wir unsere Pflicht erfüllt.

Der Voranschlag ist gemäß § 46 des Gemeindestatutes der Stadt Steyr im Entwurf zum Voranschlag 1954 in der Zeit vom 7. - 21. 12. 1953 im Stadtrechnungsamt öffentlich zur Einsicht aufgelegt und wurde die Auflegung rechtzeitig öffentlich kundgemacht. In den Voranschlagsentwurf haben am 11. 12. der Berichterstatter der Linzer Tagespost und am 15. 12. der Berichterstatter der Steyrer-Zeitung Einsicht genommen. Erinnerungen gegen den Voranschlag, die bei der Beratung desselben im Gemeinderat in Erwägung zu ziehen wären, wurden nicht vorgebracht.

Der Finanz- und Rechtsausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und legt Ihnen folgenden Antrag zur Beschlußfassung vor:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr wolle beschließen:

I Als Grundlage der Finanzierung der Stadtgemeinde Steyr für das Verwaltungsjahr 1954 wird der Voranschlag 1954 genehmigt und zwar:

1. Der ordentliche Haushalt

a) mit Gesamteinnahmen von	S	38,038.600.-
und Gesamtausgaben von	S	38,038.600.-
		<hr/>
		<u>Überschuß</u>
		Abgang
b) mit Reineinnahmen von	"	30,998.400.-
und Reinausgaben von	"	30.998.400.-
		<hr/>
		<u>Überschuß</u>
		Abgang

2. Der außerordentliche Haushalt

mit Gesamteinnahmen von	S	18,280.000.-
und Gesamtausgaben von	"	27,848.000.-
		<hr/>
		Abgang
	S	9,568.000.-

3. Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen

mit Gesamteinnahmen von	S	2,858.300.-
und Gesamtausgaben von	"	2,858.300.-
		<hr/>
		<u>Gewinn</u>
		Verlust
	S	- . -

4. Der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr

mit Gesamteinnahmen von	S	139.000.-
und Gesamtausgaben von	"	139.000.-
		<hr/>
		<u>Überschuß</u>
		Abgang
	S	- . -

II Die Bauvorhaben des außerordentlichen Haushaltes können nur in dem Ausmaße durchgeführt werden, als eine Bedeckung gegeben ist.

Die in den Sammelnachweisen Sp. über d. Personalaufwand, SN 1 über Allgemeine Amtserfordernisse und SN 2 über Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenutzungskosten zu verrechnenden Ausgaben werden als gegenseitig deckungsfähig erklärt.

III Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden gem. § 10 FAG mit den gleichen Hebesätzen bzw. im gleichen Ausmaße wie im Jahre 1953 erhoben.

IV Die Sonderhaushaltspläne über

- a) Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr,
Ges.m.b.H. und
 - b) Stiftungen
- werden genehmigt.

Ich bitte Sie, diesem Voranschlag Ihre Zustimmung zu geben.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Ich danke dem Herrn Finanzreferenten für seine Ausführungen und eröffne die Debatte. Als erster Redner meldet sich Herr Prof. Neumann.

Bürgermeister-Stellv. Prof. Anton Neumann:

Meine Damen und Herren!

Der dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegte Voranschlag für das Jahr 1954 bietet gewiß ein recht erfreuliches Bild. Die Einnahmen sind vorsichtig kalkuliert, sodaß selbst bei etwaigen Rückschlägen nicht gerade katastrophaler Natur die Durchführung des o. H. und eines Teiles des a.o.H. gewährleistet erscheint. Besonders erfreulich ist, daß, trotzdem bedeutende Summen für dringliche Ausgaben wie Planungen und Bauten, Straßen und Wasserleitungen ausgeworfen werden, auch für die kulturellen Belange im engeren Sinne noch größere Posten eingesetzt wurden. Ebenso zu begrüßen ist der Plan, die Anlagen und Sportplätze für die Schulen und Sportvereine auszubauen und zu Ende zu führen. Die Situation auf diesem Gebiete ist noch nicht besonders erfreulich. Die Vereine sind gezwungen bei den Schulen unterzukommen, wo sie nolens volens angenommen werden, aber nicht gerne gesehen sind und zwar aus Gründen, die mitunter berechtigt sind. Es ist zu begrüßen, daß da Abhilfe geschaffen wird und unsere Jugend Gelegenheit erhält, dem Sport und der Körpererziehung in besseren Verhältnissen nachzukommen.

Aus allen diesen Gründen kann ich namens meiner Fraktion erklären, daß wir dem Voranschlag 1954 unsere Zustimmung geben.

Ich darf noch einen Wunsch und eine Bitte aussprechen. In derselben Lage wie die Sporttreibenden sind die Vereine, die sich die geistige Erziehung zur Aufgabe gestellt haben. Auch sie verfügen nicht über die entsprechenden Räumlichkeiten, wo sie Konzerte oder Aufführungen veranstalten könnten. Das ist ein Übelstand und der Umstand, daß für die Schulen aller Sparten große Beträge ausgeworfen werden, läßt es möglich erscheinen, daß die Jugend und auch das Alter möglichst bald Räume zur Verfügung gestellt bekommt, welche es ermöglichen, sich weiter auszubilden und zu vervollkommen. Ich darf zugleich den Wunsch und die Hoffnung aussprechen, daß der nächste Voranschlag diesen Belangen sein Augenmerk zuwendet, entsprechende Beträge einsetzt, und hiemit Abhilfe aus dieser Kalamität geschaffen wird.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wünscht noch jemand das Wort? Bitte Herr Kollege Paulmayr!

Bürgermeister-Stellv. Franz Paulmayr:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben uns zwei Tage vor dem Weihnachtsfest noch einmal in diesem Saal versammelt, das letzte Mal im heurigen Jahr, um den Voranschlag 1954 zu verabschieden. Sie haben aus den gründlichen und eingehenden Ausführungen unseres Herrn Finanzreferenten Gelegenheit gehabt, sich ein Bild zu machen. Auch jene, die in den einzelnen Ausschüssen nicht tätig sind, sind zweifelslos im Bilde über die Situation. Es hat ja jeder den Voranschlag zugeschiedt erhalten.

Ich bin im Zivilberuf ein nüchterner Fachmann und kann als solcher sagen, daß der Plan vorsichtig, sehr vorsichtig erstellt wurde. Er ist ausgeglichen. Von unserem Standpunkt aus gesehen, fehlen vielleicht einige Posten, die wir gerne sehen würden, doch wir sind der Meinung, daß diese Punkte auf einer anderen Ebene besprochen werden können. Das Weihnachtsfest, das Fest des Gebens und Schenkens steht vor der Tür. Betrachten wir in diesem Zusammenhang den Voranschlag 1954, der es uns ermöglicht, mit den veranschlagten Summen seiner Ausgabenseite im Jahre 1954 Wohnungen zu bauen, Schulen zu errichten, für alte Leute zu sorgen, das Straßen- und Wassernetz auszubauen und hundert andere Dinge zu tun, die eine Gemeinschaft von Menschen braucht, so ist er ein Vorweihnachtsgeschenk der Stadtverwaltung an die Bevölkerung von Steyr.

Wenn ich vielleicht noch sagen und Sie daran erinnern darf, daß dieser Voranschlag nicht das Verdienst einer Partei ist, sondern das Produkt zweier Faktoren, so möchte ich auf den Umstand hinweisen, daß unsere heimische Großindustrie, die Steyrwerke, mit der wir, wie wir leider im Verlaufe der Stadtgeschichte schon oft erleben mußten, auf Gedeih und Verderb verbunden sind und sein werden, derzeit eine gute Konjunktur haben und deren Abgaben reichlich der Stadt zufließen und möchte andererseits auf die Zusammenarbeit der zwei Parteien im Hause seit 1945 verweisen. Diese 2 Komponenten haben diesen Voranschlag gezeitigt.

Ich darf an alle Parteien und an jeden von Ihnen die herzliche Bitte richten, auch für 1954 als Richtschnur zu nehmen, in diesem Hause möglichst wenig Parteipolitik zu treiben, sondern verantwortungsvoll die komulalen Aufgaben zu erfüllen. Wenn Sie das machen, und wir haben bewiesen, daß wir es machen, dann, aber erst dann, bin ich überzeugt, daß es uns gelingt, daß wir die Versäumnisse, die frühere Verwaltungen aus Unverstand oder Mangel an Material gemacht haben, nachholen und jeder einzelne kann dann stolz darauf sein, darauf hingearbeitet zu haben, daß Steyr angesehen wird als Stadt der Arbeit, des Fleißes und des Zusammenhaltens, als eine Stadt von Menschen, die aus der Vergangenheit gelernt haben. In diesem Sinne gibt meine Fraktion ihre Zustimmung zum Voranschlag 1954.
(Beifall)

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Bitte Herr Stadtrat Moser, von Ihnen wird das Wort gewünscht.

Stadtrat August Moser:

Sehr verehrter Gemeinderat!

Jeder, der sich mit dem Voranschlag beschäftigt hat, muß zugeben, daß er sehr vorsichtig budgetiert wurde, und zwar so, daß selbst bei einer Verschlechterung der Entwicklung die Projekte durchgeführt werden können. Ich habe schon in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung gesagt, der Voranschlag bietet das Bild einer wohlhabenden Gemeinde. Ich glaube, daß Steyr in Österreich eine Ausnahmestellung in dieser Hinsicht darstellt. Dieser Umstand legt uns aber auch gewisse Verpflichtungen auf und ich habe noch einige Wünsche und Anregungen zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte, so reichlich Körperkultur und Sport dotiert sind, und wer wird es schon wagen, gegen die Großmacht Sport zu sprechen, sagen, daß es schon lange ein Wunsch der Bevölkerung ist, daß öffentliche Spielplätze unter der Leitung von Aufsichtspersonen eingerichtet werden. Besonders in Münchenholz und auf der Ennsleite wäre es notwendig, daß solche Plätze geschaffen werden. Obwohl bereits zahlreiche Kindergärten geschaffen wurden, wurden keine Spielplätze eingerichtet und habensich wiederholt schwere Unglücksfälle unbeaufsichtigter Kinder ereignet. Ich möchte beantragen, daß in Münchenholz und auf der Ennsleite Kinderspielplätze mit Aufsichtspersonen geschaffen werden sollen.

Es ist ebenfalls ein Wunsch der Bevölkerung von Münchenholz, daß der Obst- und Gemüsemarkt, welcher sich in der Wagnerstraße entwickelt hat, und der vielfach eine arge Verkehrsstörung bedeutet, auf einen anderen Platz im Zentrum von Münchenholz verlegt wird. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß dieser Markt auf dem Gelände zwischen Ederhof und Sebekstraße errichtet wird. Auch hier stellen wir den Antrag, daß die Gemeinde auf diesem Gelände einen Marktplatz errichtet.

Wir glauben auch, daß der Gemeinderat es sich zur Aufgabe machen soll, wenn schon Weihnachten ist, wie mein Vorredner Paulmayr so hervorgehoben hat, daß der Gemeinderat heute beschließen soll, daß Präsidium zu beauftragen, ein Rundschreiben an alle Buchhändler und Zeitungsverkäufer herauszugeben, um die Schmutz- und Schundliteratur zu beseitigen. Ein diesbezüglicher Antrag in Wien wurde einstimmig angenommen und war von Erfolg begleitet. Es ist im Interesse aller gelegen auf die Erziehung der Menschen Einfluß zu nehmen und die Schundliteratur und -Filme zu bekämpfen. Ich stelle den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Präsidium wird beauftragt, ein solches Rundschreiben an die Buchhändler zu richten.

Wir haben schon im vergangenen Jahr davon gesprochen, daß eine Delegation von Arbeitslosen gebeten hat, eine Stempelstelle in Münchenholz zu errichten, damit sie nicht den weiten Weg in die

Stadt machen müssen. Es geht nicht um den Weg und die Zeit, sondern um die Abnützung der Schuhe. Für kurze Zeit wurde auch eine solche Stelle geschaffen, aber wieder aufgelassen. angeblich wegen zu hoher Kosten. Wir glauben es schon, wenn der Herr Bürgermeister seinerzeit gemeint hat, daß die Arbeitslosenangelegenheit Bundessache ist, aber wir glauben trotzdem, daß auch die Gemeinde gegenüber den Arbeitslosen gewisse Verpflichtungen hat. Die Gemeinde kann ja eine Eingabe an den Bund richten, daß dort eine Stempelstelle errichtet wird und sie hat beim Bund größeren Einfluß als wenn eine Arbeitslosendelegation hinunter fährt. Wenn dies schon nicht möglich sein sollte, könnte man wenigstens Freikarten für den Omnibus ausgeben.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Das ist bereits geschehen.

Stadtrat August Moser:

Dann begrüßen wir das. Ein weiterer Punkt ist, daß für die Schüler ein eigener Schulautobus eingeführt wird. Ich glaube, daß das sicher der Gemeinde möglich wäre. Beim Einsteigen herrscht oft ein Gedränge, daß es den Kindern nicht möglich ist, mitzukommen, und sie vielfach wieder hinausgedrückt werden. Ich habe weiters in der abgelaufenen Zeit schon darauf aufmerksam gemacht und auch die Zusicherung erhalten, daß es überprüft werden soll, daß sich von der Johannesgasse bis zum Gasthaus Hold keine Haltestelle befindet, während bei der Ramingbachbrücke gleich wieder eine Haltestelle ist. Wir glauben, daß in Anbetracht der Fischhub-siedlung es angebracht wäre, schon vorher, eventuell bei der Grenz-gasse, eine Haltestelle einzurichten. Eine weitere Haltestelle könnte noch beim Steinwender errichtet werden.

Es ist noch der Wunsch ausgesprochen worden, daß für die Zahnbehandlung der Kinder irgendeine Abteilung oder ein Raum im Ambulatorium oder sonst irgendwo eingerichtet wird. Derzeit warten dort Erwachsene und Kinder zusammen und was die Kinder dort hören und sehen, ist für sie zweifelsohne nicht immer gut.

Hinsichtlich der Straßenbeleuchtung ist viel geschaffen worden. Es ist jedoch zu erwähnen, daß in Münchenholz in fast sämtlichen Wohnbauhöfen wie Marxhof und dergl. vollkommene Dunkelheit herrscht.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Dies steht der WAG. zu.

Stadtrat August Moser:

Die reinen Höfe ja, aber auch Straßenzüge gehen durch diese Höfe durch. Damit müssen wir uns befassen. Wir haben gesehen, daß schon eine Reihe von Anträgen des Linksblockes berücksichtigt wurde. Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen und ich möchte es nochmals tun, daß die Grenz-gasse bis zum Wasserbehälter der Steyrwerke unbedingt reguliert werden müßte, weil dort ein Engpaß besteht, der manchmal lebensgefährlich für Passanten ist. Im Budget sehe ich eine Post von S 850.000.-- für den Ausbau

bestehender Straßen, wenn es aber hier steht, ist noch nicht gesagt, daß dieser Betrag gerade für die Grenzgasse verwendet werden soll. Ich mache deswegen nochmals darauf aufmerksam und hoffe und wünsche, daß dieser Anregung Rechnung getragen wird.

Wenn mein Vorredner gesagt hat, daß für kulturelle Belange und Schulen entsprechende Mittel ausgeworfen wurden, möchte ich darauf hinweisen, daß für Stipendien für Weiterstudierende nur eine geringe Summe eingesetzt ist. Ich möchte beantragen, daß eine größere Summe hierfür eingesetzt wird, um Arbeiterkindern, eine Weiterbildung zu ermöglichen.

Das sind die Wünsche, die ich dem Gemeinderat zu unterbreiten habe. Wir sind außerdem auch noch der Meinung, daß infolge der günstigen Budgetlage im a.o.H. die Summe für den Wohnbau mit 6.Mill. Schilling doch zu gering angesetzt ist. Es müßte infolge der günstigen Lage möglich sein, das Budget für Wohnbauzwecke zu erweitern. Wir versagen nicht die Anerkennung für das Positive was geleistet wurde.

Es ist sicher, daß es ohne die günstige Wirtschaftsentwicklung der Großbetriebe und der übrigen Wirtschaft und die sächliche Zusammenarbeit aller Parteien nicht möglich gewesen wäre. Ich glaube, daß diese Absicht der Zusammenarbeit bei allen Parteien auch in Zukunft besteht. Wir stellen auch heute den Antrag, mein Kollege Moser wird hierüber noch ins Detail eingehen, daß wir die 6 Mill. Schilling für den Wohnbau erhöhen können. Ich möchte nur noch sagen, daß wir aus den angeführten Gründen und in der Annahme, daß die Wünsche im Interesse der gesamten Bevölkerung gelegen sind, unsere Zustimmung geben werden.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wird noch von jemanden das Wort gewünscht? Bitte Herr Gemeinderat Moser.

Gemeinderat Johann Moser:

Durch günstige Konjunkturverhältnisse war es der Gemeinde möglich, auf verschiedenen Verwaltungsbereichen in den letzten Jahren viel Versäumtes nachzuholen.

Wir wissen aber auch, daß zum Wohle der Stadt Steyr und seiner fleißigen Bevölkerung, noch viel geschaffen werden muß. Doch alles große Schaffen wäre nicht möglich, wenn wir bedenken, daß durch den unbedingten Aufbauwillen und den Fleiß aller Werktätigen, wie Arbeiter und Angestellte, Kleingewerbetreibende und Kaufleute unserer Stadt, dafür große Opfer gebracht werden müssen, um die Mittel für das Schaffen der Stadtgemeinde zu gewinnen. Selbst wenn man auch berücksichtigt, daß der Hauptteil der Abgaben von den Steyrerwerken getragen wird, so ist es wiederum ein Verdienst der Werktätigen in den Steyrerwerken, aus dem das Werk die Mittel schöpft.

Ob wir wollen oder nicht, aber wir dürfen an einer Tatsache nicht

vorbei gehen. Die Werktätigen unserer Stadt, als die am meisten von den Abgaben betroffenen und daher am anspruchsberechtigten sind am bittersten benachteiligt und zwar auf dem Wohnungssektor, denn das weitaus noch rückständigste Problem von allen Verwaltungsgebieten unserer Stadt, ist immer noch das Wohnungswesen.

So lange noch Menschen unserer Stadt in Elendswohnungen hausen müssen, so lange noch die Kulturschande von elenden Baracken als Wohnungen besteht, so lange noch ein großer Kreis vielköpfiger Familien auf kleinsten Wohnraum zusammen gedrängt ist, solange noch viele junge Ehepaare, besonders in Arbeiterkreisen, keine eigene Wohnung bekommen können, so lange können wir uns, trotz der ansehnlichen Leistungen unserer Stadtgemeinde, auf keinen Fall zufrieden geben.

Bei der Durchsicht der Vorlage zum Voranschlag 1954, nach dem wir uns ja halten müssen, sei vor allem festgestellt, daß man bei den Vorberatungen erfreulicherweise, in Bezug auf die Vorhaben des Schulhausbaues, den Bau eines modernen Versorgungsheimes etc., wohl etwas großzügig war aber bei den Vorhaben für Wohnungsbauten, wieder sehr vorsichtig und zurückhaltend vorgegangen ist.

Für den Schulhausbau und den Bau des Versorgungsheimes sind allein 13 Mill. Schilling vorgesehen, wogegen für den Wohnungsbau nur 6 Mill. Schilling vorgesehen sind. Wenn wir sagen " n u r " 6 Mill. Schilling für den Wohnungsbau, dann verweisen wir darauf, daß im Hinblick auf die katastrophale Lage am Wohnungsmarkt, kaum 9 % der Gesamtausgaben im Gemeindebudget vorgesehen sind und im Verhältnis zu manchen anderen wohl auch vordringlichen Vorhaben, der Voranschlagsposten für Wohnungsbauten, zu niedrig gehalten ist.

Wir sind der Meinung, wenn der a.o.H. wohl einen Abgang von rund 9.5 Mill. Schilling aufweist, daß die Rücklagen immer noch so kräftig sind um einen großen Teil des Abganges zu decken, selbst wenn dieser noch um einige Mill. Schilling höher ist.

Zu dieser Annahme bekräftigt uns der Hinweis auf den Rechnungsabschluß 1952 (siehe S. 4) worin der Eingang der eigenen Steuern nahezu 20 Mill. Schilling mehr aufweist als voranschlagt war. Daraus entstanden schließlich diese beträchtlichen Rücklagen.

Wir können mit Sicherheit annehmen, daß der Rechnungsabschluß 1953 im Hinblick auf die hohen Abgaben der Steuerzahler wieder ein Plus der Einnahmen im Verhältnis zum Voranschlag 1953 aufweisen wird, sodaß ein allfälliger Überschuß dem Bau von Wohnungen zugewiesen werden kann.

Einen besonderen Hinweis auf die Erhöhung des Voranschlagspostens für Wohnungsbauten bietet uns die Freigabe der Besatzungskosten durch die Besatzungsmächte. Wenn schon entgegen unserer ursprünglichen Forderung nach Abschaffung der Besatzungssteuer, weil sie ihre zweckdienliche Berechtigung durch die Freigabe verloren hat, diese für den Wohnungsbau verwendet werden soll, dann können vom Bund auch entsprechende Mittel für den Wohnungsbau

angefordert werden.

Darüber hinaus muß die Gemeinde Steyr dem Bund gegenüber darauf hinweisen, daß die Erhöhung des Notopfers (Bundespräzipuum), der Gemeinde beträchtliche Mittel entzieht, womit sie besonders auf sozialpolitischem Gebiet auf das Schwerste geschädigt wird. Um das mehr, weil ja auch die Stadt Steyr und wieder im Hinblick auf die zunehmende Arbeitslosigkeit zum Notstandsgebiet erklärt wurde.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß unsere Forderung nach Erhöhung des Voranschlagpostens für Wohnungsbauten auf dem Betrag von mindestens 10 Mill. Schilling berechtigt ist, ohne daß alle übrigen Vorhaben durch eine Benachteiligung gefährdet sind.

Jeder von uns muß einsehen, daß es in einem gewissen Widerspruch zu allen anderen Vorhaben des Voranschlages 1954 steht, wenn für das Gesundheitswesen und sonstige soziale Vorhaben große Mittel aufgewendet werden und das Wohnungswesen damit benachteiligt wird. Denn Wohnungen bauen heißt gleichzeitig die soziale Lage verbessern und die Gesundheit fördern.

Der Linksblock stellt daher folgenden Antrag:

Unter Bezugnahme auf die vorhin aufgezeigten Tatsachen, beantragt der L.B. den Voranschlagsposten zum Gemeindebudget 1954 für Wohnungsbauten im Betrage von 6 Mill. Schilling auf mindestens 10 Mill. Schilling zu erhöhen. Der dadurch entstandene Abgang von rund 13.5 Mill. Schilling im a.o.H. soll aus den Rücklagen, durch Einsparungen im o. Haushalt, sowie aus Landes- und Bundesmitteln gedeckt werden.

Im Bezug auf den eingangs der heutigen Sitzung eingebrachten Dringlichkeitsantrag, wegen dem Bau von Notwohnungen mit nur einem Wohnraum, sei darauf hingewiesen, daß es bedeutend besser ist, genügend Wohnungen zu bauen, dann erübrigt sich der Bau von Notwohnungen. Wir befürchten nur, daß der Bestand von Notwohnungen eine Dauererscheinung sein könnte.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Bitte Herr Stadtrat Lautenbach, Sie wünschen das Wort.

Stadtrat Georg Lautenbach:

Wie alljährlich, so hören wir auch heute wieder in der Debatte, daß für den Wohnungsbau mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Wenn ich kurz zu diesem Problem Stellung nehmen will, so deshalb, weil es den Eindruck erweckt, daß alles erwogen wurde und die Gemeinde gerade dem Wohnbausektor nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt. Ich muß unserer Gemeinde das Zeugnis ausstellen, daß sie nichts unversucht gelassen hat, auf diesem Sektor alles zu leisten. Ich habe schon gehört, daß dieses Budget eine Gemeinschaftsarbeit aller Parteien ist. Ich stehe nicht an, mich zu dieser Ansicht zu bekennen. In den Ausschüssen ist dieses Budget durchberaten worden. Es mag vielleicht aus parteipolitischen Gründen im einzelnen als zweckmässig erscheinen, dort oder da die Ansätze zu

erhöhen. Wenn ich hier immer wieder die besondere Forderung nach Höherdotierung des Wohnbaues höre, erinnere ich mich an die Budgetsitzungen der vergangenen Jahre, wo wir vor der Erwägung gestanden sind, entweder die Ansätze gelten zu lassen oder Schulden zu machen. Wir haben damals den Entschluß gefaßt, daß der Stadt Steyr noch andere große, gewaltige Aufgaben auferlegt werden, wie z.B. der Brückenbau und daß wir dann um die Frage nicht herumkommen, uns durch Anleihen zusätzliche Mittel zu beschaffen. Wir dürfen nie vergessen, daß gerade wir von einem Werk abhängig sind, das sehr starken Konjunkturschwankungen auf dem Wirtschaftsmarkt unterworfen ist. Alle diese Überlegungen haben beigetragen, daß wir glücklich waren, die Ansätze halten zu können. Ich finde, daß 6 Mill. Schilling für eine solche Stadt, die in nächster Zeit große gewaltige Aufgaben vor sich hat, keine Kleinigkeit sind. Es ist nicht Aufgabe einer Gemeinde, aus den laufenden Budgetmitteln, die für die Straßenerhaltung und dergleichen vorgesehen sind, den Wohnbau zu finanzieren. Wir müssen uns nach der Gebefreudigkeit des Bundeswohn- und Siedlungsfonds richten, der leider nicht mit den entsprechenden Mitteln für den sozialen Wohnbau dotiert wird, um alle jene Gemeinden, welche als Antragsteller aufgetreten sind, finanziell befriedigen zu können. Wir können wohl unsere Mittel hineingeben, aber wir dürfen nicht vergessen, daß der Voranschlag für den a.o.H. nur zu einem Drittel gedeckt ist und müssen unter allen Umständen rechnen, daß wir diese Mittel vom Bund wieder erhalten. Schon im Hinblick auf eine entsprechende Mietenbildung wird bei dem sozialen Wohnbau in Steyr ein mehrjähriges Programm erforderlich sein, um den Aufgaben gerecht zu werden und billige Wohnungen zu schaffen. Wir wissen, daß wir bei den letzten Bauvorhaben die Nutzwohnfläche sehr beschränken mußten um der Gefahr zu entgehen unerschwingliche Mieten zu bekommen. Dies wird in Zukunft wahrscheinlich nicht zu vermeiden sein, da wir große Wohnungen bauen müssen. Die Dotierungen vom Bund hiezu müssen erst erhöht werden, daß wir diese Vorhaben ohne beträchtliche Mietenerhöhungen durchführen können. Um stille Reserven mit Hilfe des Bundes zu schaffen, habe ich auch schon bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung die Frage aufgeworfen, ob nicht auch Steyr an den Wohnhaus-Wiederaufbaufond vorfinanzierend herantreten kann, wie dies bereits bei der Gemeinde Wien der Fall ist. Dies wurde, wie Herr Bürgermeister sagte, schon gemacht und ist in einem Fall schon geschehen. So ergibt sich hier für unsere Stadt eine günstige Gelegenheit zu dem Ansatz von 6 Mill. Schilling noch vorfinanzierend für die Erhaltung des Wohnraumes in Steyr soweit er bombenbeschädigt ist, einzutreten und hiebei mitzuhelfen.

Aus diesen Möglichkeiten heraus sehe ich es als nicht zweckmässig an in dem Augenblick, wo wir hier beisammensitzen, noch mit vielleicht etwas propagandistischen Sonderwünschen auftreten, um dadurch eine Situation zu schaffen, die für die Zukunft nicht im Interesse der Stadt liegen könnte. Ich fürchte, wenn an den veranschlagtem Betrag von 6 Mill. Schilling heute etwas geändert wird, daß wir das nächste Mal bei 10 und dann bei 15 Mill. halten, bei Beträgen, die bei weitem die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt überschreiten. Bleiben wir dabei, die vorgesehenen Mittel genügen für den Augenblick, weil wir höhere Mittel nicht mit der finanziellen Lage in Einklang bringen können.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wünscht noch jemand das Wort ? Bitte Herr Gemeinderat Wechselberger!

Gemeinderat Georg Wechselberger:

Ich möchte das Ersuchen richten, daß im Budget ein Betrag für die Straßenbeleuchtung in Gleink ausgeworfen wird.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Das ist im Gesamtbetrag enthalten. Im einzelnen haben wir uns noch nicht festgelegt. Wünscht noch jemand das Wort? Bitte Herr Kollege Moser.

Stadtrat August Moser:

Der Antrag Moser auf Erhöhung hat keinen Anklang gefunden.

Stadtrat Lautenbach meint, daß dies aus parteipolitischen Gründen geschehen sei, aber ich glaube kaum, daß es in Steyr jemand gibt, der nicht glaubt, daß der Bedarf nach Wohnungen vorhanden ist und die Gemeinde sich bei aller Vorsicht aufs Glatteis begibt. Ich erinnere an die seinerzeit stattgefundene Budgetsitzung. Auch damals hat man gesagt, wir sprechen zum Fenster hinaus, als wir damals auf die etwas größere Kühnheit von Linz verwiesen haben. Uns ist klar, daß Linz eine breitere Basis besitzt und damit eine größere Kreditmöglichkeit hat.

Zwischenruf Stadtrat Georg Lautenbach: Aber auch dort ist die Wohnbauanleihe trotzdem nicht zustande gekommen.

Wer mehr Kapital hat, kann sich mehr Schulden leisten. Die Wohnhäuser stehen und sind bewohnt. Wenn der Finanzreferent eingangs mit Recht auf das ungerechte Notopfer bzw. Bundespräzipium verwiesen hat, so weisen wir darauf hin, daß Herr Bürgermeister Koref in einer Sitzung des Städtebundes sehr scharfe Worte gefunden hat und von einem ausgesprochenen Raub an den Gemeinden gesprochen hat, den wir in Zukunft im Interesse der Finanzhoheit der selbständigen Gemeinden bekämpfen müssen. Wir vermischen nur, daß er im Nationalrat dieselbe Stellungnahme bezogen hätte, da gerade im Nationalrat die entscheidende Stelle wäre, um konsequent aufzutreten. Wir haben trotzdem den Glauben an die Fortentwicklung nie verloren. Wenn jede Gemeinde sich aufrafft und immer wieder gegen den Raub des Bundes stimmt, wird es möglich sein, dieses Bundespräzipium abzuschütteln. Wenn das gelingt, würden die kleinen Industriestädte Millionen Schillinge zum Wohnbau verwenden können. Alle sozial denkenden Menschen, gleich welcher Partei sie angehören, werden zustimmen, wenn wir uns anstrengen, um Mittel für den Wohnbau zu bekommen und keiner wird von Demagogie sprechen. Der Finanzreferent hat im abgelaufenen Jahr vorsichtig budgetiert und heuer ist es dasselbe. Es ist kein Fehler, wenn die Steuereingänge den Voranschlag übertreffen. Es wird heuer ähnlich sein, sodaß sich bestimmt noch einige Millionen für den Wohnbau einsetzen lassen. Die Mehrheit hat sich Denkmäler gesetzt: Erbaut unter Bürgermeister usw.. Ein Verdienst ohne Zweifel. Das schönste Denkmal

kann sich ein Mensch schaffen, wenn er Wohnungslose untergebracht hat. Es mag einem Menschen noch so schlecht gehen und mag er noch so spärliche Beheizung haben, es ist für ihn doch eine Wohltat, wenn er nicht den Unbilden der Witterung ausgesetzt ist und einen eigenen Wohnraum hat. Wir müssen so viel wie möglich dazugeben, um dies zu schaffen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Herrn Finanzreferenten um das Schlußwort.

Stadtrat Hans Schanovsky:

Sehr verehrter Gemeinderat!

Zu den Ausführungen der verschiedenen Debattenredner möchte ich der Reihe nach Stellung nehmen. Zuerst war es Herr Stadtrat Moser, welcher die Forderung nach öffentlichen Spielplätzen in Münchenholz und auf der Ennsleite erhoben hat. Ich kann nicht glauben, daß es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen ist, daß im a.o.H. für Spielplatz in Münchenholz über S 800.000.-- vorgesehen sind. Die Plätze werden ja geschaffen.

Stadtrat August Moser:

Bisher wurde in den Ausschüssen und Debatten immer nur von einem Sportplatz gesprochen. Wir waren der Auffassung, daß es ein Sportplatz sei, der nur allein für Sportvereine zugänglich wäre. Es ist also heute eine Berichtigung erfolgt.

Stadtrat Hans Schanovsky:

Ja aber auch ein Spielplatz, weil er den Schulen und jedem offen steht. Bezüglich des Marktes in Münchenholz wird vom Präsidium bereits das Entsprechende veranlaßt. Der weitere Antrag bezüglich der Stempelstelle wurde bereits beantwortet und ist somit erledigt. Die Wünsche nach einem Schülerautobus und weiteren Haltestellen werden überprüft werden. Ebenso die Forderung nach einem eigenen Raum für die Zahnbehandlungsstelle durch das Gesundheitsamt. Die Regulierung der Grenzgasse wird bereits behandelt und wird positiv erledigt werden. Was die Stipendien betrifft, so sind hierfür S 12.000.-- vorgesehen. In den vergangenen Jahren wurden alle Ansuchen positiv erledigt und es ist noch etwas übrig geblieben.

Zwischenruf Stadtrat August Moser: Weil es der Öffentlichkeit nicht bekannt ist, daß Stipendien vergeben werden.

Zwischenruf Bürgermeister-Stellv. Gottfried Koller: Wir können es ja nicht plakatieren lassen.

Zwischenruf Stadtrat August Moser: Es ist dies weiten Kreisen nicht bekannt.

Für das Wohnbauprojekt wurden S 6 Mill. vorgesehen, das sind Eigenmittel. Ich ersuche Sie, den Voranschlag Seite 120 aufzuschlagen.

Dort sehen Sie, daß für Bauvorhaben S 6,643.500.-- enthalten sind. Von diesem Betrag leistet die Gemeinde an die Wohnungsgesellschaft ein Darlehen von S 1, 900.000.-- sodaß S 4,743.500.-- zusätzlich zu den 6 Mill. im a.o.H. aufgewendet werden. Der Gesamtaufwand für den Wohnungsbau beträgt demnach S 10,803.500.--. Ich glaube, damit ist auch Ihr Wunsch erfüllt. Aber noch vielmehr, wenn Sie bedenken, daß durch den Schulbau auf der Ennsleite 22 Wohnungen frei werden. Dies ersetzt ebenfalls 2 Mill. Schilling, die sie vom Schulbau abziehen und zum Wohnungsbau dazugeben können. Das wäre meine Antwort zur Frage Wohnbau.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Der Referent hat das Schlußwort, aber ich bitte Sie, darf ich noch einige Ausführungen dazu machen?

Zur Arbeitslosenfrage sehen wir ein, daß es für diese zweifellos eine große Erleichterung ist, eine Stempelstelle in Münchenholz zu erhalten. Auf einen entsprechenden Antrag beim Bund haben wir jedoch bis heute keine Erledigung erhalten. Es ist dies aber nicht die Schuld der Beamten, sondern die höheren Stellen sind in dieser Hinsicht sehr schwerhörig. Den Betrag, den der Wirtschaftsverein Arbeiterheim hiefür ausgelegt hat, haben wir bis jetzt noch nicht ersetzt erhalten. Es hat sich aber jetzt im Hotel Münchenholz eine Gelegenheit ergeben. Es wird hiefür ein Nebenraum mit separatem Eingang zur Verfügung gestellt. Die diesbezüglichen Verhandlungen laufen sehr günstig.

Es war vorauszusehen, daß sich über das Wohnungsproblem Debatten ergeben. Der Finanzreferent sagte, daß der Schulbau auch auf dem Wohnungssektor neue Wohnungen schafft. Es wäre unzulänglich gewesen, die Schule in den alten Räumen zu lassen und moderne Wohnungen zu bauen, wo wir doch durch den Bau einer zweckentsprechenden Schule auch Wohnungen schaffen können. Ich glaube auch in dieser Hinsicht ist das Beste getan worden. Es wundert mich, daß Stadtrat Moser, der die Wohnungsnot so eindringlich schilderte gegen den Bau von Notwohnungen gesprochen hat und sich der Stimmabgabe enthalten hat.

Kollege Moser sagt weiters, es gehört etwas mehr Mut und Kühnheit dazu, um Schulden zu machen. Man kann dies aber nicht leichtsinnig nennen. Es gehört ebenso Mut dazu zu sagen, dies geht jetzt nicht.

Ich danke Ihnen allen für Ihre bisherige treue Mitarbeit, die sich auch bei der heutigen Debatte gezeigt hat. Wir wollen auch in Hinkunft eine Gemeindevertretung sein, die nicht große Worte macht, sondern lieber Taten schafft, die wenig spricht und sparsam arbeitet.

Ich schreite zur Abstimmung und bitte, getrennt für den o.H. und a.o.H. abstimmen zu dürfen. Zuerst den o.H. wie er vorgetragen wurde.

(Abstimmungsvorgang)

Danke, ich konstatiere die einstimmige Annahme.

A.o.H. und Wirtschaftsplan der städtischen Unternehmungen, die Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr und die übrigen Einzelpläne.

(Abstimmungsvorgang)

Danke, auch hier ist die einstimmige Annahme festgestellt.

Bevor ich die öffentliche Sitzung beschließe, möchte ich dem Finanzreferenten für die mühevollen und sauberen Arbeit, die er geleistet hat, danken.

(Beifall)

Ich danke auch Herrn Oberamtsrat Baminger und seinen Mitarbeitern, Herrn Rechnungsdirektor Liska und Herrn Dr. Enzelmüller, sowie allen Angestellten. Sie haben alle ihre Pflicht erfüllt.

Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich frohe Feiertage und ein gutes neues Jahr und glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich der Bevölkerung von Steyr dasselbe wünsche. Damit schließe ich die öffentliche Sitzung und unterbreche für 5 Minuten.

Vertrauliche Sitzung:

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Ich eröffne die vertrauliche Sitzung und bitte Herrn Kollegen Schanovsky, den zweiten Dringlichkeitsantrag zu bringen.

Berichterstatter Stadtrat Hans Schanovsky:

Zl. Pers.- 969/53 Einmalige Vergütung an Magistratsbedienstete für Mehrdienstleistungen.

Verehrter Gemeinderat!

Es liegt noch ein Dringlichkeitsantrag vor mit der Begründung, daß durch das außerordentliche Anschwellen der Tätigkeit der Gemeinde insbesondere auf dem Bausektor der ganze Magistrat mehr als gewöhnlich belastet wurde, ohne daß ein größerer Aufwand auf dem Personalsektor erfolgte. Im Hinblick auf die kaum wiederkehrenden Verhältnisse erscheint eine einmalige Vergütung von Mehrdienstleistungen für angebracht. Es wird Ihnen folgender Antrag vorgelegt:

Der Gemeinderat wolle beschliessen:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, jenen Magistratsbediensteten, die durch die im Jahre 1953 erforderliche Mehrdienstleistung infolge Ausweitung des Haushaltes mitbelastet wurden, eine einmalige Vergütung zu gewähren. Hiefür wird der Betrag von

S 150.000.- bewilligt.

Die Verrechnung hat bei V.P. 010 - 14 als überplanmässige Ausgabe zu erfolgen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wird hiezu das Wort gewünscht? Bitte Herr Gemeinderat Hochmayr:

Gemeinderat Josef Hochmayr:

Wir alle wissen, es gibt keinen anderen Stand als die öffentlichen Bediensteten, der eine Gehaltsregelung auf die Dauer von 3 Jahren hingenommen hätte. Nun haben unsere Bediensteten noch Mehrarbeit geleistet. Es gibt wohl nur eines, den Antrag zu befürworten. Ich möchte gleich einflechten, ich habe es in der öffentlichen Sitzung wegen der Presse nicht tun wollen, daß wir im Jahre 1954 wahrscheinlich wegen der zweiten Gehaltsnachziehung kommen werden. Wir müssen nur das erste Vierteljahr abwarten, um zu sehen, wie die Steuereingänge auf Grund der neuen Steuergesetzgebung einlaufen. Es gibt keinen anderen Arbeitnehmer, bei dem man es so machen kann, daß man eine Gehaltsregelung auf drei Jahre trifft. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Bitte Herr Kollege Moser, Sie wünschen das Wort.

Stadtrat August Moser:

Ich möchte eine Anfrage stellen. Auf Grund der Formulierung des Antrages ist anzunehmen, daß nicht alle Bediensteten beteiligt werden, sondern nur eine bestimmte Anzahl von Personen. Ich glaube, alle Bediensteten würden es verdienen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Auf Grund der kurzen Frist die uns zur Verfügung stand, konnte der Antrag nicht näher ausgearbeitet werden. Es sollen alle etwas kriegen. Bitte Herr Kollege Paulmayr.

Bürgermeister-Stellv. Franz Paulmayr:

Wenn alle etwas kriegen, bin ich der Meinung, daß schon ein Unterschied gemacht werden soll. Es gebührt z. B. dem Baudirektor mehr als einem Vermessungsbeamten, weil er mehr geleistet hat. Es würde von Interesse sein, zu erfahren, wer die Verteilung vornimmt und wie sie gemacht wird.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

In jeder Städtebundsitzung wird gewarnt, die Abmachung zu durchbrechen. Der Betriebsrat hat den Wunsch, irgendwie die Abmachungen zu durchbrechen. Gelingt dies, wirft dies meistens ein Übereinkommen des Städtebundes um. Ich muß mich weigern bis dort hinaus, weil ich die Abmachungen, die mit dem Städtebund getroffen wurden,

einhalten muß. Hie und da werden diese Abmachungen durchbrochen. Die Gefahr ist nur die, daß dies zur Regel wird. Wir müssen unser Geld sparsam verwalten. Eine Privatfirma hat hier viele Möglichkeiten. Es ist schwer, ein fixes Schema aufzustellen. Es ist so gedacht, daß der Bürgermeister oder eine andere Person die Aufteilung vornimmt. Die Saisonarbeiter, welche nur vorübergehend bei der Gemeinde sind, sollen nichts erhalten.

So viel Vertrauen und so viel Taktik müssen Sie der Person schon zumuten, welche die Aufteilung vornimmt. Es ist keine dankbare Aufgabe. Jeder wird sich aufhalten, der hat mehr und der hat weniger. Wer viel bekommt, wird zu wenig haben, und wer wenig bekommt, ist gleich ganz rabiät. Irgend etwas muß man geben. Wir werden berücksichtigen, daß die, die besonders strapaziert wurden, mehr erhalten und die, die normalen Dienst gemacht haben, weniger.

Stadtrat August Moser:

Also betrifft dies nur die Angestellten des Magistrates?

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Nein die Arbeiter auch. Darf ich abstimmen lassen?

(Abstimmungsvorgang)

Danke, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Stadtrat Hans Schanovsky:

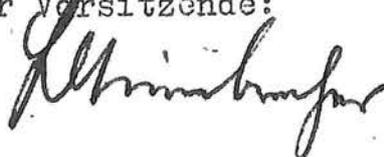
Ich glaube im Namen aller Gemeinderatsmitglieder zu sprechen, wenn ich Herrn Bürgermeister ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr wünsche. (Starker Beifall)

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

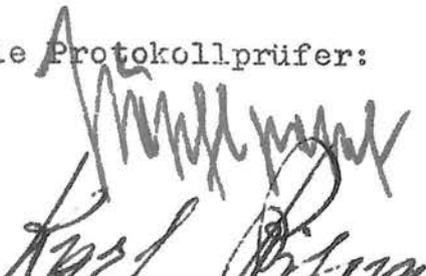
Vielen Dank für Ihre Wünsche. Ich danke für Ihr Erscheinen. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.50 Uhr.

Der Vorsitzende:



Die Protokollprüfer:



Die Schriftführer:

